

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	15
I. Einführung	19
1. Erweiterte Wahlmöglichkeiten der Versicherten und Stärkung des Wettbewerbs als Ziele des GKV-WSG	19
2. Die Wahltarife nach § 53 SGB V im Überblick	19
3. Zum Gegenstand der Untersuchung	22
II. Erweiterungen des Leistungskatalogs nach § 53 SGB V	24
1. Beschränkung des Leistungsangebots der Kassen auf die gesetzlich vorgesehenen Fälle	24
2. Ausweitung des Leistungskatalogs im Rahmen von Modellvorhaben, § 53 Abs. 3 i. V. m. § 63 SGB V	25
3. Leistungen der hausarztzentrierten Versorgung, der besonderen ambulanten ärztlichen Versorgung, der strukturierten Behandlungsprogramme bei chronischen Krankheiten sowie der integrierten Versorgung, § 53 Abs. 3 i. V. m. §§ 73b, 73c, 137f, 140a SGB V	26
4. Kostenerstattung nach § 53 Abs. 4 i. V. m. § 13 SGB V – Tarife für privatärztliche Behandlung und für Zweibettzimmer	28
a. Kostenerstattungen im Umfang wie bei der Privaten Krankenversicherung: Ermöglichung der privatärztlichen Behandlung	28
b. Kostenerstattung für bestimmte Leistungsbereiche	30
aa. „Chefarzt-Tarif“	30
bb. Zahnärztliche Versorgung	30
cc. Krankentransport, insbesondere Rücktransport aus dem Ausland	31
dd. Möglichkeit der Einführung unterschiedlicher Wahltarife, die jeweils auf § 53 Abs. 4 SGB V gestützt sind	32
c. Kostenerstattung bei Behandlung durch Nicht-Vertragsärzte	33
d. Abtretung des Erstattungsanspruchs gegen die Kasse an den Leistungserbringer	33
5. Übernahme der Kosten für Arzneimittel der besonderen Therapierichtungen nach § 53 Abs. 5 SGB V	35
6. Erweiterung des Anspruchs auf Krankengeld für ansonsten Nichtberechtigte nach § 53 Abs. 6 SGB V	35
	11

7.	Zusammenfassung zur Ausweitung des Leistungskatalogs beim Angebot von Wahlleistungstarifen	36
III.	Beschränkungen des Leistungskatalogs nach § 53 SGB V	37
1.	Beschränkungen des Leistungskatalogs bei § 53 Abs. 1 bis Abs. 6 SGB V	37
2.	Beschränkungen des Leistungskatalogs bei § 53 Abs. 7 SGB V	38
IV.	Beitrags- und sonstige Zahlungspflichten nach § 53 SGB V	41
1.	Zahlungen von Versicherten aufgrund von „Wahlтарifen“ als Beiträge im Sinne des Sozialversicherungsrechts	42
a.	Struktur der Zahlungspflichten von Versicherten nach § 53 SGB V	42
b.	„Prämienzahlungen“ der Versicherten im Sinne des § 53 SGB V als sozialrechtliche Beitragsleistungen	43
2.	Spezielle Bemessungsvorgaben für die Zahlung von Prämien durch die Versicherten und an die Versicherten nach § 53 SGB V	46
3.	Sonstige Bemessungsvorgaben für die „Prämienzahlungen“ der Versicherten nach § 53 SGB V	49
a.	Individuelle Äquivalenz und sozialer Ausgleich als Bemessungskriterien für Prämienpflichten der PKV und der GKV	50
b.	Die Begriffe der „Prämie“ und des „Tarifs“ als Hinweise auf die Zulässigkeit allgemeiner Bemessungskriterien für Prämienzahlungen der Versicherten	51
c.	Allgemeine Bemessungskriterien für die Zahlungspflichten der Versicherten aufgrund von „Wahlтарifen“	52
d.	Allgemeine Bemessungskriterien für die Belohnung der Versicherten mit „Prämien“	55
e.	Besonderheiten bei der Kombination unterschiedlicher Wahlтарife	55
4.	Diskriminierungsverbote	56
a.	Verbot der Geschlechterdiskriminierung nach § 19 Abs. 1 Nr. 2, § 20 AGG	56
b.	Verbot der Geschlechterdiskriminierung nach Art. 5 Richtlinie 2004/113/EG	56
c.	Verbot der Geschlechterdiskriminierung nach Art. 4 Richtlinie 79/7/EWG	58
d.	Zulässige Differenzierung nach dem Alter	59
5.	Verfassungsrechtliche Bemessungsbedingungen für die Wahlтарife auf Grund ihrer Einordnung als Sozialversicherungsbeiträge	60
6.	Steuerpflicht	60
7.	Durchsetzung von Zahlungspflichten der Versicherten nach § 53 SGB V und Einzug	61

a.	Geltung der allgemeinen beitragsrechtlichen Vorschriften für die Zahlungspflichten der Versicherten aus § 53 SGB V	61
b.	Keine Anwendung der Vorschriften über die Einziehung des Gesamtsozialversicherungsbeitrags, §§ 28d ff. SGB IV	61
V.	Haftung, Aufsicht und mögliche Rücklagenbildung	63
1.	Haftung	63
a.	Haftung und Verbot der „Quersubventionierung“ nach § 53 Abs. 9 SGB V im Innenverhältnis	64
b.	Haftung und Verbot der „Quersubventionierung“ nach § 53 Abs. 9 SGB V im Außenverhältnis	65
c.	Vereinbarung von Haftungsregelungen im Rahmen der Aufgabenerledigung durch Dritte nach § 197b SGB V	67
2.	Erwirtschaftung von Überschüssen, „Gewinnerzielung“ und Rücklagenbildung	67
a.	Erwirtschaftung von Überschüssen und „Gewinnerzielung“ zugunsten des Pflichtbeitragsbereichs	67
b.	Erwirtschaftung von Überschüssen und Bildung von Alterungsrückstellungen	67
aa.	Zur Möglichkeit altersunabhängiger Wahltarife nach § 53 SGB V und zur entsprechenden Möglichkeit der Bildung von Alterungsrückstellungen	68
bb.	Möglichkeit von Alterungsrückstellungen nach § 82 SGB IV	69
cc.	Verbot von Alterungsrückstellungen nach § 261 Abs. 2 Satz 2 SGB V?	70
dd.	Zwang zur Mobilisierung von Alterungsrückstellungen?	71
c.	Sonstige Bildung von Rücklagen	74
d.	Zwischenergebnis zur Erwirtschaftung von Überschüssen, „Gewinnerzielung“ und Rücklagenbildung	74
3.	Aufsicht	75
VI.	Kooperation mit Krankenversicherungsträgern und/oder Privatversicherern beim Angebot von Wahlleistungstarifen nach § 53 SGB V	76
1.	Sozialrechtliche Fragen – Umfang von Kooperationsbefugnissen nach § 30 Abs. 2 SGB IV, §§ 194 Abs. 1a, 197b SGB V, § 88 SGB X	76
a.	Aufgabenerledigung durch Dritte nach § 197b SGB V	77
aa.	Anwendbarkeit von § 197b SGB V auf das Wahltarifangebot nach § 53 SGB V	77
bb.	Keine Aufgabenerledigung durch Dritte bei „wesentlichen Aufgaben zur Versorgung der Versicherten“	79
		13

cc.	Aufgabenerledigung durch Arbeitsgemeinschaften von Krankenversicherungsträgern oder durch Kooperation mit privaten Versicherungsunternehmen	79
b.	Kooperations- und Vermittlungssysteme nach § 88 SGB X, § 194 Abs. 1a SGB V	80
2.	Wettbewerbsrechtliche Fragen der Kooperation von Krankenversicherungsträgern und/oder Privatversicherern	81
a.	Deutsches Recht: UWG und GWB	81
b.	Europäisches Recht: Kartell- und Missbrauchsverbot nach Art. 101 ff. VAEU und Fusionskontrolle nach der FusionskontrollVO	83
aa.	EU-Westbewerbsrecht und deutsches Sozialrecht	83
bb.	Unternehmensbegriff und soziale Sicherheit	85
cc.	Unternehmensbegriff im Versicherungsbereich	88
c.	Das Angebot von Wahlтарifen als „unternehmerische“ Tätigkeit im Sinne der Art. 101 ff. VAEU	90
d.	Sonderregelungen zugunsten von Wettbewerbsbeschränkungen beim Angebot von Wahlтарifen	92
aa.	Wettbewerbsverletzungen durch Unternehmen in der sozialen Sicherung	92
bb.	Freistellung staatlicher Regelungsvorgaben	92
cc.	Gruppenfreistellungsverordnung Versicherungen	94
dd.	Rechtfertigung nach Art. 106 Abs. 2 VAEU	96
e.	Beihilfeverbot, Art. 107 f. VAEU	96
f.	Zur Geltendmachung von Wettbewerbsverstößen	97
VII.	Überblick zu den verfassungsrechtlichen Aspekten der Wahlтарife	98
VIII.	Die Ergebnisse im Einzelnen	101
	Literaturverzeichnis	105
	Anhang - Gesetzestext und Entwurfsbegründungen zu § 53 SGB V	111
	Der Autor	117